Regierungsratskandidatin Lilian Uchtenhagen-Brunner in Stichworten

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **35 (1979)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845063

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Einladung zur Generalversammlung

Mittwoch, 25. April 1979, 20 Uhr
Hotel St. Gotthard, Gotthardstube, 1. Stock
Bahnhofstrasse 87, Zürich 1

Traktanden:

1. Protokoll der Generalversammlung vom 7. März 1978
2. Jahresbericht 1978
3. Jahresrechnung 1978 und Bericht der Revisorinnen
4. Festsetzung des Mitgliederbeitrages (Antrag des Vorstandes auf Beibehaltung des Beitrags)
5. Bericht über die «Staatsbürgerin»
6. Ersatzwahlen
7. Wahl der Delegierten für die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte am 19./20. Mai 1979 in Zug
8. Allfällige Anträge
9. Verschiedenes

Wir bitten unsere Mitglieder, an der Generalversammlung teilzunehmen!

Anträge zuhanden der Generalversammlung sind bis spätestens 11. April 1979 bei der Präsidentin Claudia Depuoz, Goldauerstrasse 58, 8006 Zürich, einzureichen.

Der Vorstand

Achtung!

Vor der Generalversammlung treffen wir uns um 18.30 Uhr zu einem gemütlichen Teil, mit kleinem Teller, im Café Einhorn, Bahnhofplatz. Wer Zeit und Lust hat (wir erwarten einen Grossaufmarsch!) vergesse den Anmeldetalon auf der letzten Seite nicht. Bitte bis zum 20. April an das Sekretariat schicken.

Regierungsratskandidatin Lilian Uchtenhagen-Brunner in Stichworten

Aufgewachsen in Olten, Matura an der Ecole Supérieur de Commerce de Neuchâtel.

Studium der Staatswissenschaften an der Universität Basel und an der London School of Economics and Political Science. 1954: Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Basel mit der Dissertation «Grenzen der Staatsverschuldung». Ab 1952 neben dem Studium Leitung des elterlichen Geschäftes in der Modebranche (Tod des Vaters, schwere Invalidität der Mutter).

1955: USA-Aufenthalt, Verkäuferin in einem Warenhaus; Ausbildung als «psychiatric aide» in einer Psychiatrieklinik.

Nach der Rückkehr im Frühling 1956 Heirat mit Ambros Uchtenhagen, heute Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich; die drei Kinder Bruno (1960), Thierry (1961) und Gina (1963) sind verwaiste Geschwister aus Madagaskar.

Seit der Verheiratung im Lehrfach tätig (Institut Juventus, Gewerbeschule, Kaufmännische Berufsschule KVZ, Schule für Soziale Arbeit, Kurse an der Volkshochschule und an verschiedenen Schulen für

Pflegepersonal). Heute noch Dozentin für Volkswirtschaft und Politik mit reduziertem Pensum an der Schule für Soziale Arbeit. 1963 Ernennung zum Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Preis-, Kosten- und Strukturfragen; seither Mitarbeiterin bei wissenschaftlichen Studien. Im Laufe der nächsten Jahre Einsatz in verschiedenen Experten- und Beratungsgremien (EFTA-Konsultativrat, Eidgenössische Zolltarifkommission, Eidgenössische Kommission für regionale Wirtschaftsförderung, Eidgenössische beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit, Kommission für die Zulassung zum diplomatischen Dienst).

Gelegentliche Mitarbeit und kurzes Praktikum (in Amsterdam) in der praktischen Jugendarbeit. Mitbegründerin der ZAGIP (Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme), Mithilfe beim Aufbau von Jugenddiensten wie Auffangstation für Jugendliche, Rehabilitationszentrum Ulmenhof, Wohnheimen u. a. m.

In verschiedenen Frauenorganisationen (BSF, Frauenzentrale) tätig; als Mitglied des Vorstandes des Frauenstimmrechtvereins während vielen Jahren aktiv im Kampf für die politischen Rechte der Frau. 1969 Eintritt in die Sozialdemokratische Partei. Vorstandsmitglied der Kreispartei 7 von 1970 bis 1972, der Stadtpartei von 1972 bis 1975, der SPS seit 1974. 1976 Wahl in die Geschäftsleitung der SPS. Präsidentin der Wirtschaftskommission der SPS und Mitglied der Finanzkommission der SPS.

1970 bis 1974 Mitglied des Gemeinderates. Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. In der Fraktion verantwortlich für Kulturfragen. Verschiedene Vorstösse und Interventionen in den Bereichen Schul- und Bildungswesen, Kulturfragen sowie

Lilian Uchtenhagen (geb. 1928)

städtebaulichen Fragen, welche die Wohnlichkeit der Stadt betrafen.

Herbst 1971 Wahl in den Nationalrat und kurz danach in den Fraktionsvorstand. In den ersten Jahren sehr vielfältiges Tätigkeitsgebiet, aber mit Schwergewicht bei Bildungs- und Forschungsfragen. Einsatz beim Bildungsartikel und beim Berufsbildungsgesetz. Mit der Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage velagerte sich die Tätigkeit vermehrt auf das eigentliche Fachgebiet Wirtschafts- und Finanzfragen. Seit 1976 Mitglied der ständigen Finanz-

Lilian Uchtenhagen wäre die erste Frau in einer kantonalen Exekutive:

«Ich finde es an der Zeit, dass Frauen auch in kantonalen Exekutivämter kommen. Frauen haben bewiesen, dass sie in der Politik gute sachliche Arbeit leisten können. Sie tragen aber noch zusätzliche Gesichtspunkte bei, die den politischen Entscheidungen zugute kommen.

Ich persönlich bringe als Frau andere Voraussetzungen mit, weil ich nicht die typisch männliche Berufskarriere gemacht habe, ihren Zwängen nicht ausgesetzt war. Ich bin weniger integriert, darum vielleicht weniger eingeengt, kann Sachprobleme unbefangen angehen. Ich möchte in die politische Arbeit Dinge einbringen, die Männer heute meist verdrängen: Wärme, Spontaneität, ein Gefühl für menschliches Mass. Ich habe erlebt, dass man als Frau mit Sachverstand vieles erreichen kann, aber sehr vieles habe ich auch erreicht, indem ich ganz einfache, praktische Fragen stellte.

In diesem Zusammenhang: Ich bin der Meinung, dass der politische Stil anders werden müsste, offener, menschlicher, für den Bürger besser verständlich. Das betrifft alle Bereiche bis hin zu den komplizierten Behördenwege und der unverständlichen Amtssprache, die überhaupt keinen Bezug zum Denken und Erleben der Menschen hat. Frauen erscheinen mir besonders geeignet und deshalb auch verpflichtet, den politischen Stil zu verändern. Damit Politik dem Bürger wieder als etwas Menschliches erscheint, an dem er sich selbst beteiligen kann.» *L. U.-B.*

kommission. In der Fraktion Leitung des Ressorts Wirtschaft und in der Regel Sprecherin der Fraktion bei Wirtschaftsfragen.

Neben den Schwerpunkten Bildung/Forschung und Wirtschaft/Finanzen Engagement in verschiedenen andern Gebieten: staatspolitische und staatsrechtliche Fragen (Legislaturziele, Schutz der privaten Geheimsphäre, Persönlichkeits- und Datenschutz), Fragen der Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Revision ZGB, Frauenfragen, Jugendprobleme, Probleme von Randgruppen (Behinderte, Gastarbeiter), Fragen des Gesundheitswesens, Drogengesetz, Kulturfragen.

Annie Leuch-Reineck zum Gedenken

Erst spät erreichte uns die Nachricht, dass Dr. phil. Annie Leuch-Reineck am 21. Dezember 1978 im Alter von 98 Jahren gestorben ist. Sie war von 1928 bis 1940 Zentralpräsidentin des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht (heute Schweizerischer Verband für Frauenrechte) gewesen. Für die erste Ausstellung SAFFA 1928 hatte Frau Annie Leuch den (allerdings kleinen) Sektor «Frauenbestrebungen» wirkungsvoll gestaltet. Besonderes Aufsehen erregte am grossen Umzug zur Eröffnung der SAFFA eine durch die Strassen von Bern auf einem Wagen gezogene riesige Schnecke mit der Aufschrift: «Die Fortschritte des Frauenstimmrechts in der Schweiz».

Frau Annie Leuch war es, welche die Unterschriftensammlung für die grösste Petition jener Zeit leitete. Mit dieser Petition